

Aus Warschauer Perspektive

Beata Wilga

Das Verhältnis der Polen zu den Deutschen in den letzten 50 Jahren war vor allem geprägt durch „negative geschichtliche Erfahrungen, territoriale Veränderungen und die ideologisch-politische Zugehörigkeit Polens zur UdSSR“.¹ Die Systemtransformation in Polen und das deutsche Engagement bei der Eingliederung Polens in den europäischen Strukturen ließen in den 1990er Jahren die Vergangenheit zunehmend vergessen. Die durch den berühmten Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe (1965) und später durch den Kanzler Willy Brandt begonnene Aussöhnung konnte fortgesetzt werden. Leider dauerte die polnisch-deutsche Aussöhnung nicht lange an. Der Zeitraum 1939–1945 ist in den hier angestellten Erwägungen von Bedeutung, denn er beeinflusst die jetzigen Verhältnisse zwischen Warschau und Berlin. Manche Intellektuelle postulieren sogar „das Ende des Krieges mit Deutschland“². Warum beeinflusst das Gespenst des immerhin vor 60 Jahren beendeten Krieges die heutigen polnisch-deutschen Verhältnisse in so starkem Maße?

Reparationen versus Entschädigungen

Für die polnische öffentliche Meinung sind hauptsächlich Rudi Pawelka und Erika Steinbach die wichtigsten Akteure der deutschen Politik. Jeder Schritt des Chefs der „Preußischen Treuhand“ wird in Polen aufmerksam beobachtet und kommentiert. Die Autoren dieser Kommentare sind überzeugt, dass – gemäß dem Geist seiner Äußerungen – den Polen Entschädigungsprozesse für die von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögen drohen. Von der Tatsache, dass es sich bei der „Preußischen Treuhand“ um eine kleine, politisch völlig unbedeutende Gesellschaft handelt, wissen nur einige Politologen.

Pawelkas Forderungen sind „Wasser auf die Mühle“ der polnischen Seite, die auf diese Äußerungen ostentativ – wie Lech Kaczynski (damals Warschauer Stadtpräsident) – mit der Möglichkeit antwortete, Forderungen nach Reparationen für die Zerstörung der Hauptstadt Polens während des Kriegs zu stellen. Das polnische Parlament fasste einen entsprechenden Beschluss,

¹ Wolff-Poweska, Anna (Hrsg.) (1993): *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–89*, Poznan, S. 450.

² Z. B. Krzeminski, Adam: *Zakonczy wojne z Niemcami*, in: *Gazeta Wyborcza*, 01.12.2005.

in dem die Regierung zu Reparationsforderungen an Deutschland aufgerufen wurde. Es gibt aber keinen internationalen Gerichtshof, der befugt wäre zu entscheiden, ob Polen Entschädigungen erhalten sollen oder nicht. Die individuellen Entschädigungsansprüche der deutschen Vertriebenen sind zum Misserfolg verurteilt. Selbst Erika Steinbach, die Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), ist von der Unbegründetheit solcher Ansprüche überzeugt, so dass sie eine Aktion unter den Vertriebenen zum notariellen Verzicht auf Reparationsforderungen vorbereitete.

Warum interessieren sich die Polen für Frau Steinbach so sehr? Warum wird sie von den gegen ihre Aktivitäten protestierenden Demonstranten als bewaffneter SS-Offizier dargestellt? Die Antwort liegt gewiss in der von ihr formulierten Idee des „Zentrums gegen Vertreibung“ (ZgV). An der Weichsel glaubt man, dass dieses Zentrum die polnisch-deutschen Verhältnisse mehr belastet als alle aggressiven Äußerungen Pawelkas. Und es geht hier nicht nur darum, dass das Problem der Aussiedlung und der Vertreibung der Deutschen aus Polen am Ende des Kriegs von 1945–1989 ein Tabu-Thema war. Der damaligen kommunistischen Regierung waren Informationen über das Unrecht, das die Nation des Angreifers erlitt, nicht genehm; die polnische Gesellschaft, der dieses Wissen vorenthalten wurde und die vom Trauma des Kriegs geprägt war, konnte das deutsche Leid nicht akzeptieren. Zwar wurde diese empfindliche Frage von manchen Publizisten aufgeworfen, so schon 1956 von Josef Mackiewicz³ oder später von Jan Józef Lipski, aber ihre Stimmen wurden kaum gehört. Vielleicht hatte Kazimierz Wóycicki mit seiner Feststellung Recht, dass „eine Beurteilung der Handlung gegenüber den nach dem 2. Weltkrieg vertriebenen Deutschen das heroische Bild unser selbst in Frage stellen könnte, welches wir so sehr brauchen, um unsere Identität zu verteidigen“.⁴

Die 1989 begonnenen demokratischen Wandlungen in Polen brachten auch in der Debatte über die Vertreibungen einen Durchbruch. Jerzy Holzer beschrieb dies so: „In den sittlichen Kategorien ist weder die Regel ‚Gleiches mit Gleichem vergelten‘ [...] noch die Regel der ‚gemeinschaftlichen Verantwortung‘ [...] akzeptabel. Man darf sittlich und human ein Recht auf eigenes Haus, auf eigene Felder und eigene Straßen, auf eigene Schulen und eigene Bücherregale nicht entziehen“.⁵

³ Mackiewicz, Józef (1956): Niemiecki kompleks, in: *Kultura*, 1/1956. Mackiewicz war damals völlig vereinsamt. In der Emigration war er (zu Unrecht) der Kollaboration mit Deutschen verdächtig worden. Dafür wurde er in der Kriegszeit durch ein polnisches Untergrundgericht zum Tode verurteilt.

⁴ Wóycicki, Kazimierz (1990): *Czy bac się Niemców*, Warszawa, S. 79.

⁵ Holzer, Jerzy (1995): *Zło historyczne, ale zło*, in: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 39, S. 9.

Nachdem das Drama der Vertriebenen akzeptiert wurde, sogar das unrühmliche Thema der Lager für Deutsche in den Jahren 1944–1950 – warum also ruft das ZgV in Polen solche Emotionen hervor? Können wir dem westlichen Nachbarn das Recht auf öffentliche Würdigung einer schmerzhaften Geschichte nicht gewähren? Das Projekt des ZgV in der von Steinbach favorisierten Form wird in Warschau als Bedrohung für die polnische Erinnerung an das erlittene Leid wahrgenommen. Ein solches Zentrum könnte – so befürchten in Polen viele – die deutsche Schuld und Verantwortung für den Albtraum zweier Weltkriege relativieren. Dabei wird vergessen, dass „Erika Steinbach ... Deutschland nicht (regiert)“. (Klaus Bachmann)

Die Leistungen der rot-grünen Koalition

Zweifellos trifft die von Jochen Franzke⁶ aufgestellte These über eine Krise in den polnisch-deutschen Verhältnissen zu. Es sollte aber auch betont werden, was die rot-grüne Koalition für die Verbesserung der Kontakte mit Polen getan hat. Kanzler Schröder verdanken die polnischen Zwangsarbeiter die ihnen gewährten Leistungen. Man kann zwar über deren Höhe streiten, aber wie immer versagt die rechnerische Buchführung dort, wo es um das sittliche Ausmaß der Verluste geht. Dank Schröder wurde auf dem EU-Gipfel von Nizza das Stimmgewicht in der EU für Polen günstig zugeschnitten.⁷ Schließlich distanzierte sich der sozialdemokratische Kanzler während der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands (1. August 2004) deutlich von der Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Die Beziehungen Berlins mit Warschau verschlechterte zweifellos die Beteiligung der polnischen postkommunistischen Regierung von Leszek Miller an der amerikanischen Invasion gegen den Irak. Dies wurde in Berlin nicht als ein Beweis der Loyalität und des Dankes für die NATO-Mitgliedschaft angesehen, sondern als ein Schritt, der Deutschland und Frankreich in der EU und die gemeinsame Außenpolitik der Union schwächt.

Auf das polnische Engagement im Irak antwortete Berlin mit kordialen Verhältnissen mit Russland. Was an der Weichsel so sehr reizte, waren nicht die häufigen (auch privaten) Begegnungen beider Staatschefs. Die junge polnische Demokratie empfand es als Beleidigung, dass Schröder Putin einen „lupenreinen Demokraten“ nannte und über den Krieg in Tschetschenien ebenso schwieg wie über die Einschränkung der grundlegenden bürgerlichen Freiheiten in Russland. Schröders Begegnungen mit Putin erinnerten die Polen an die schlimmsten Momente ihrer Geschichte, in denen ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland auf ihre Kosten bestand.

⁶ *WeltTrends* Nr. 49, S. 131.

⁷ Krzeminski, Adam (2005): *Zakonczmy wojne z Niemcami*, in: *Gazeta Wyborcza*, 1.12.2005, S. 22.

Aber alle diese Aktionen des Kanzlers Schröder waren in erster Linie symbolische Politik. Viel größere Beunruhigung rief in Warschau die letzte Aktion Schröders hervor – der Beschluss über den Bau einer neuen Gaspipeline durch die Ostsee und deren Baubeginn. Schließlich übernahm Ex-Kanzler Schröder sogar die Funktion des Aufsichtsratschefs des Betreiberkonsortiums, dessen Aktien zu 51% dem russischen *Gazprom*-Konzern gehören (den man in Polen mit dem Kreml gleichsetzt). Dies wurde an der Weichsel als „Lobbying zugunsten Putins“ gesehen. Es wird sich zeigen, ob das „baltische Rohr“, das Russland und Deutschland (unter Auslassung Polens und der Ukraine) bald verbinden soll, auch als Instrument politischen Drucks dienen wird. Die Versicherung von Schröder, dass diese Gasleitung gegen niemanden gerichtet ist und lediglich den deutschen und russischen wirtschaftlichen Interessen dient, befriedigte Polen nicht.

Ein neues Kapitel?

Angesichts des Regierungswechsels in Berlin hegt man an der Weichsel Hoffnungen auf eine Besserung der polnisch-deutschen Verhältnisse. Kanzlerin Angela Merkel betonte bei ihrem Warschau-Besuch im Dezember 2005, dass Polen – „als der (nach Frankreich) zweite große Nachbar“ – eine wichtige Rolle spielt. Der deutsche Außenminister Steinmeier sagte den Beginn eines neuen Kapitels in den polnisch-deutschen Beziehungen voraus.

Das ist eine große Chance, und die bisherigen Schritte von Kanzlerin Merkel bestätigen diese Annahme. Wenn es um die Ansprüche der Vertriebenen geht, ist sie der gleichen Meinung wie Schröder. Sie fördert zwar das ZgV, ist aber mit dessen Finanzierung aus Bundesmitteln nicht einverstanden. Sie tritt dafür ein, dass das Zentrum dem Europäischen Netz des Gedächtnisses und der Solidarität untergeordnet werden soll. Sie hat Konditionen für den EU-Haushalt 2007–2013 durchgesetzt, die für Polen günstig sind.

Das deutsche Verhältnis zu Russland bleibt für Polen besonders wichtig. Zwar ist sich Polen darüber im klaren, dass die neue deutsche Regierung die Abmachung über den Bau der baltischen Gasleitung einhalten wird, denn Deutschland braucht russisches Gas. Aber die schon selbst von Kanzlerin Merkel betonte Tatsache, dass zwischen Berlin und Moskau nichts mehr „über die Köpfe der Polen“ entschieden werden soll, lässt auf eine Entspannung des gegenseitigen Verhältnisses hoffen.

Eine andere Chance für das polnisch-deutsche Zusammenwirken in der EU bietet die Wiederbelebung des in Vergessenheit geratenen Weimarer Dreiecks. Gelingt es den Führern von Deutschland, Frankreich und Polen, dieses Forum in einem Motor der europäischen Integration zu verwandeln? Kann das Dreieck zur Sicherung der Energieversorgung Europas beitragen,

wie Kanzlerin Merkel während der Verhandlungen des EU-Budgets in Brüssel vorgeschlagen hat? Kann es die ukrainischen Bemühungen zur Integration in die EU fördern helfen? Die Zukunft wird es zeigen.

Die polnische Regierung unter Ministerpräsident Marcinkiewicz ist sehr an einer Intensivierung des Weimarer Dreiecks interessiert. Einer seiner wichtigsten Berater, Krzysztof Miszczak, schrieb schon 2004, dass diese Struktur nötig ist „als Motor der europäischen Initiativen und deren Exporteur, sowohl außerhalb des Dreiecks, als auch außerhalb des Gebiets der ganzen Union“.⁸

Die deutsche Ostpolitik hat für unser Land eine besondere Bedeutung. Nicht nur, weil Deutschland unser größter Nachbar ist, sondern auch, weil jeder Fehltritt der deutschen Politik – und als solcher wurde Schröders Gebaren wahrgenommen – in Polen sofort geschichtlich begründete Befürchtungen hervorruft. Das zeigt leider, wie weit wir von der Normalität unserer gegenseitigen Beziehungen noch entfernt sind. Es lohnt sich allerdings, solche vereinfachten geschichtlichen Schemata zu bekämpfen, weil weder Polen nur das „trojanische Pferd der USA in Europa (ist)“, noch Deutschland, wenn es mit Russland zusammenarbeitet, dies auf Kosten unseres Landes tun muss. Denn sicher ist, dass die Stabilisierung und die Entwicklung des zentralen Teils unseres Kontinents von der Qualität der polnisch-deutschen Verhältnisse abhängen.



Beata Wilga ist Chefredakteurin der politologischen Vierteljahresschrift „Sprawy Polityczne“.
E-Mail: b.wilga@sprawypolityczne.pl

⁸ Miszczak, Krzysztof (2004/5): Trójkąt Weimarski, in: Nowe Sprawy Polityczne, Nr. 30, zima 2004/5.

Potsdamer Textbücher

PTB 4

Juan J. Linz:
Totalitäre und autoritäre Regime
Raimund Krämer (Hrsg.)

Bestellungen beim Universitätsverlag Potsdam
ubpub@rz.uni-potsdam.de